

Aus der Werkstatt der Reaktion

Zensur und der »Fall Nicolai«. Die reaktionäre Rolle des deutschen Buchhandels und seines Börsenblatts vor 1933 (Teil 1)

Von *Helmut Donat*



imago images/Everett Collection

Der deutsche Buchhandel war schon in der Weimarer Republik auf Zensur und reaktionäre Propaganda hin ausgerichtet, die Nazis beseitigten die Pressefreiheit dann vollends (Vorbereitung einer Bücherverbrennung 1933)

Welchen Anteil hatte die Weimarer Republik selbst an ihrem Untergang? Welche Rolle spielte die Unterschätzung des fortwirkenden Militarismus preußischer Herkunft und des Bestrebens, die deutsche Großmachtrolle zurückzugewinnen? Wie verhielten sich die Sachwalter des gedruckten Wortes dazu – die Buchhändler und deren Standesorganisation? Ein überaus dunkles Kapitel, in das wir mit zwei Artikeln Licht bringen. (H. D.)

»Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben« – so empfing der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert am 10. Dezember 1918 vor dem geschmückten Brandenburger Tor die heimkehrenden Truppen. Er verkündete den im Dienst eines Eroberungskrieges stehenden Einsatz der Soldaten zu einem Opfergang ohne Gleichen, unterschlug die erheblichen Fehler der Armeeführung und deren Schuld am und im Kriege. Die Rücksichtnahme war Folge eines geheimen Bündnisses mit General Wilhelm Groener. SPD-Führung und Militärs zogen wie in Kriegszeiten an einem Strang und hintertrieben damit einen wirklichen, auf eine zivile Gesellschaft orientierten Neubeginn. Zielscheibe der Verfolgung waren vor allem die führenden Vertreter des im Herbst 1914 gegründeten, gegen den Krieg opponierenden »Bund Neues Vaterland« (BNV). In seiner Denkschrift über die Hetzkampagnen gegen Pazifisten seit Kriegsende heißt es im Oktober 1920, dass die »Stimmung weiter Volkskreise den pazifistischen Ideen und ihren Trägern (gegenüber) feindlich gesinnt« sei. Doch bestehe das »Beschämende« nicht darin, »dass politisch Unwissende von einer skrupellosen, im Dienste der Vertreter des Revanchegedankens stehenden Presse fanatisiert werden bis zu Anschlägen auf Leben und Gesundheit bekannter Pazifisten. Schlimmer ist, dass die Behörden, die zivilen wie die militärischen, in offenkundiger Missachtung der demokratischen Verfassung nicht im entferntesten daran denken, solche Gewalttaten zu sühnen oder ihnen auch nur vorzubeugen, sondern in Pflichtvergessenheit verschweigen und vertuschen.«

Bollwerk des alten Geistes

Als eines der stärksten Bollwerke des alten Geistes erwies sich nach 1918 nicht zuletzt der deutsche Buchhandel. Während in Frankreich die Veröffentlichungen von Nationalisten neben denen von Pazifisten standen, suchte man in Deutschland nach einem solchen Überblick vergeblich. Vielmehr lehnte die große Mehrheit der deut-

schen Buchhändler die linksrepublikanischen, freigeistigen und pazifistischen Werke aus nationalen Gründen als nicht vorzeigbar ab. Dem schloss sich das *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* nicht nur vorbehaltlos, sondern federführend an. Nur kurzfristig, als nach den Novembertagen 1918 eine Flut sozialistischer Literatur bis dahin nur illegal erscheinender Produkte den Buchhandel überschwemmte, waren nationalistische Erzeugnisse aus den Ankündigungsspalten des *Börsenblatts* verschwunden, und auch im redaktionellen Teil war es zunächst vorbei mit kriegsverherrlichenden und hurratriotischen Berichten. Doch kaum hatten sich die alten Gewalten vom ersten Schrecken erholt, machten ihre Vertreter dort weiter, wo sie im November 1918 aufzuheben gezwungen gewesen waren.

Bereits in den Kriegsjahren unterstützte das *Börsenblatt* die vaterländische Begeisterung und Psychose in hohem Maße, förderte es die annexionistische Propaganda, warb für die Kriegsbücher der Verlage Scherl und Ullstein sowie für die Heldengesänge von U-Boot-Kommandanten, Fliegeroffizieren und Frontkämpfern. »Und das arme blöde Volk, in Blutrausch und Eroberungswahnsinn von den Herrschenden hineingetrieben«, urteilte ein kritischer Buchhändler im Herbst 1922, »verschlang kritiklos diese schmackhaft servierten, zurechtfrisieren und von falscher Romantik umwobenen Berichte, wie Schuljungen ihre Indianer- und Abenteuer geschichten verschlingen – nur mit dem Unterschiede, dass diese letztere Lektüre bei weitem harmloser und ungefährlicher ist«.

Der Weltkrieg war noch kein Jahr zu Ende, als die Leipziger Redaktion des *Börsenblattes* dem »Freien Verlag« in Bern und Berlin, von den Militärs schon im Krieg als Sprachrohr deutscher »Landesverräter« denunziert, mitteilte, dass sie das am 26. August 1919 aufgegebene Inserat zu der Schrift »Sechs Tatsachen zur Beurteilung der heutigen Machtpolitik« von Georg Friedrich Nicolai ablehnen müsse, »da wir es nicht als die Aufgabe des *Börsenblattes* betrachten, durch Abdruck derartiger Ankündigungen an der Verbreitung von Werken mitzuwirken, deren Tendenz auf die Herabsetzung der deutschen Armee und ihrer ehemaligen Führer gerichtet ist«. Der »Freie Verlag« stellte daraufhin am 1. September 1919 gegenüber dem »Ausschuss für das *Börsenblatt* der deutschen Buchhändler« klar, dass weder die Anzeige noch die damit angekündigte Schrift die deutsche Armee oder deren Führer diskriminierten. Zugleich machte er geltend, dass die Statuten und Bestimmungen über die Verwaltung des *Börsenblattes* der Redaktion für ihr Vorgehen keine Handhabe gebe und ihr das Recht einer politischen Zensur, die durch die gerade in Kraft getretene neue Reichsverfassung endgültig abgeschafft und beseitigt sei, nicht zustehe. Aber das *Börsenblatt* und dessen »Ausschuss« blieben bei der Zensurmaßnahme – eine gerade im »Fall Nicolai« mehr als fragwürdige Haltung. Wie große Teile der SPD-Führung sich nicht an die Seite der deutschen Kriegsopposition stellten, so behandelte das *Börsenblatt* deren Vertreter und ihre aufklärerischen Schriften bereits im Sommer 1919 als volksschädlich. Wer aber war Georg Friedrich Nicolai?

Ein unbequemer Rebell

Sohn eines Journalisten und Barrikadenkämpfers der 1848er Revolution, entstammte er, 1874 in Berlin geboren, einem jüdischen Elternhaus. Nach dem Studium der Medizin erlangte er in seiner Heimatstadt schon bald eine Professur der Physiologie und Medizin. Er stand in dem Ruf, eine Autorität auf dem Gebiet des Elektrokardiogramms zu sein. Selbst die Kaiserin wünschte seinen Rat und seine Behandlung. Doch Nicolai war, dem Erbe seines Vaters treu bleibend, ein Rebell und unbequemer Geist. Bereits im Oktober 1914 suchte er das kurz zuvor von Vertretern der deutschen Wissenschaft und Kultur veröffentlichte »Manifest der 93«, das den preußischen Militarismus als Kulturrenngenschaft pries, mit seinem völkerversöhnenden »Aufruf an die Europäer« zurückzuweisen. Doch lediglich Albert Einstein, Wilhelm Foerster, Direktor der Berliner Sternwarte, und der Privatgelehrte Otto Buek unterstützten seine Initiative. Die Geistesgrößen des Kaiserreiches wollten nichts damit zu tun haben – und so blieb die Kritik zunächst unveröffentlicht.

Scharf prangerte Nicolai den deutschen Überfall auf Belgien im August 1914 an. Wegen seiner Antikriegsvorlesungen (1914/15) und seiner Kritik an der völkerrechtswidrigen Kriegführung (Verwendung von Giftgasen, Torpedierung von Handelsschiffen) des Kaiserreiches sah sich der auch international angesehene Gelehrte zahlreichen Verfolgungen ausgesetzt. Ungeachtet der Interpellationen im Reichstag zogen ihn die Militärs als Militärkrankenwärter ein. Als Nicolai sich weigerte, den »Fahneid« zu leisten und eine Waffe zu tragen, degradieren sie ihn zum gemeinen Soldaten. Um erneuter Anklage und Verhaftung zu entgehen, flüchtete der Kriegsdienstgegner 1918 mit einem Militärflugzeug nach Kopenhagen, wo er mit Georg Brandes, Ellen Key, Fridtjof Nansen und Romain Rolland die Zeitschrift *Das werdende Europa* gründete.

Im Jahr zuvor hatte er sein in Deutschland beschlagnahmtes Antikriegsbuch »Die Biologie des Krieges« in der Schweiz veröffentlicht, das, in viele Sprachen übersetzt, von der internationalen pazifistischen Bewegung begeistert gefeiert wurde und in dem er unter anderem die brutale Wirkung von Massenvernichtungsmitteln, einen Bakterienkrieg und die Nutzung der Sonnenenergie voraussagte. Nach dem Sturz des Hohenzollernregimes wirkte er als Mitherausgeber der den Unabhängigen Sozialdemokraten nahestehenden *Republik*, einer Zeitung der

Arbeiterräte, die nach einem weiteren Verbot im Juni 1919 ihr Erscheinen einstellte. Als führendes Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und des BNV sowie als Redner und Publizist setzte er sich für eine deutsch-französische Aussöhnung sowie für eine politisch-geistige Erneuerung Deutschlands im Sinne einer Überwindung des Denkens in Gewalt- und Freund-Feind-Kategorien ein.

Spätestens im April 1919, als politische Morde und Attentate auf Pazifisten, Sozialisten und kritische Journalisten sich häuften und die Justizbehörden sich auf dem rechten Auge als blind erwiesen, begriff Nicolai, dass die »Revolution« gescheitert war und sich militaristisches Gedankengut erneut und nahezu ungehindert Bahn brach. Deutlich sah er, wie die Jugend und Studentenschaft von ideologisch mächtigen und organisatorisch unangetastet gebliebenen Organisationen des alten Regimes weiter mit deutschnationalen, chauvinistischen und antisemitischen Parolen verhetzt wurden. Die Folgen lagen für Nicolai auf der Hand. In seiner Schrift »Sechs Tatsachen zur Beurteilung der heutigen Machtpolitik« verdeutlichte er, »dass das erste Gesetz im sozialistischen Deutschland eine Wehrvorlage war und dass dabei die jahrhundertlang bekämpfte Militärjustiz als ein unantastbares Heiligtum galt«. Zudem geißelte er die Tatsache, dass das militaristische Prinzip, »durch die rohe Gewalt einer Masse von Menschen etwas zu bewirken«, geradezu einen »Kulminationspunkt« erreicht habe.

Entgegen früheren Zeiten, als man Soldaten, wenn sie über ihre Befugnisse hinausschossen, bestrafte oder zumindest nicht belohnte, kritisierte Nicolai, »lobt Noske ausdrücklich die Soldaten, die seine an sich schon strengen Standrechtsbefehle noch überschritten haben, und damit ist denn tatsächlich die Staatssouveränität so gut wie völlig aufgehoben. Wir haben also – zum ersten Mal in Deutschland – die ausgesprochen gesetzlose Militärdiktatur. In der Tat schaltet das Militär teilweise sogar ohne vorausgegangene Erklärung des Belagerungszustandes – vollkommen selbstherrlich und willkürlich. Die Offiziere verhaften, wen sie wollen, sie lassen Leute standrechtlich erschießen oder – wie im Falle Liebknecht – ermorden, und niemand denkt daran, sie ernsthaft und rechtzeitig zur Rechenschaft zu ziehen. Ja, der Kriegsminister und Oberbefehlshaber Noske (dieser Bonaparte mit der Proletariervergangenheit und den durch keine Offizierserziehung geschliffenen und durch keine weltberühmten Siege kompensierten Korporalsmanieren) hilft ihnen (...). Aber auch«, so Nicolai weiter, »der Militarismus als Glaube an die Wirksamkeit der Gewalt ist heute mächtiger denn je. Früher konnte man noch sagen, solches Trotzen auf brutale Macht sei nur die überlebte Ansicht zurückgebliebener Junker und profitgieriger Schwerindustrieller; heute aber huldigen ihr – die Vertreter des Sozialismus!«

Verstoß gegen Pressefreiheit

Dass nun auch selbst noch große Teile der Sozialdemokratie vom Macht-geht-vor-Recht-Denken infiziert waren oder zumindest dem ihrer Führer verfallen schienen, ließ Nicolai zu dem Schluss gelangen, dass der Glaube an die Gewalt seit Tacitus »tief im Herzen der Deutschen« stecke. Gleichwohl wollte er eine wie immer geartete historische Unwandelbarkeit des deutschen Sozialcharakters nicht akzeptieren und wünschte sich: »Es wäre Zeit, dass die Erinnerung an unsere Urwaldvergangenheit aus den Straßen Berlins verschwände, denn wenn die geeinte Welt diesen Glauben mit Gewalt herauszureißen gezwungen sein wird – dann wird Deutschland vielleicht daran verbluten. Das aber wäre schade, denn ich glaube, selbst wer die »Boches« hasst, will nicht, dass »L'Alleman« stirbt.«

Wenige haben wie G. F. Nicolai an Deutschland gelitten und sich bemüht, es vor weiterem Schaden zu bewahren. Eigentlich wollte er nicht an den »Sieg des Althergebrachten« glauben und hoffte, »die goldumsponnenen Leutnants und chauvinistisch-rabiaten Federfuchser werden nicht auf die Dauer am Ruder bleiben. Wenn aber«, räumte er ein, »nichts Ernsthaftes geschieht, (...) muss es in absehbarer Zeit zu einer Katastrophe kommen (...). Von außen oder von innen – von oben oder von unten! –, niemand vermöchte das mit Sicherheit zu sagen; dagegen kann jeder, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, als gewiss behaupten, dass Furchtbares, noch nie Dagewesenes kommen wird.« Eine Prognose, die verdeutlicht, wie realistisch Nicolai die deutsche Gegenwart und Zukunft einschätzte. Das also sollte ungesagt bleiben und nicht an die Öffentlichkeit gelangen, und deshalb unterdrückte das *Börsenblatt* jedweden Hinweis auf Nicolais Schrift, seine Einsichten und Warnungen.

Wenige Monate später nahm er davon Abstand, die von ihm 1919 mitbegründete »Liga zur Förderung der Humanität« weiter auszubauen. Offenbar hielt er sie in einem Umfeld menschenverachtender Gepflogenheiten für nicht lebensfähig und zu einem Schattendasein verurteilt. Gleich nach seiner Ernennung zum Medizinprofessor an der Universität Berlin verhinderten nationalistische Studenten im Januar 1920 die Wiederaufnahme seiner Vorlesungen. Nicolai, als »Deserteur«-Professor und wegen »Fahnenflucht« verächtlich gemacht, legte Beschwerde ein, woraufhin man ihm die Lehrbefugnis entzog. Nach verlorenem Prozess gegen Senat und Rektor der Universität kehrte der international hochgeachtete Nicolai Deutschland den Rücken, nahm 1922 einen Ruf der Universität Córdoba an und wurde im lateinamerikanischen Exil zum Mentor der aufgeklärten jungen Generation eines ganzen Kontinents.

Scharf verurteilte die *Weltbühne* am 2. Oktober 1919 im »Fall Nicolai« den Verstoß gegen die Pressefreiheit, charakterisierte das Verhalten des *Börsenblattes* als einen »ungeheuerlichen Fall der Anmaßung einer politischen Zensur«, den man auf keinen Fall durchgehen lassen dürfe. Ahnungsvoll fügte das Blatt hinzu: »Denn wir alle können morgen das Pech haben, dir zu pazifistisch zu sein.«

Auch der *Vorwärts*, das Zentralorgan der SPD, prangerte tags darauf »die Ausübung einer politischen Zensur durch die Redaktion des Buchhändlerbörsenblattes« an; sie bestimme, »was der Deutsche zu lesen hat und was nicht«. Dass Nicolai keineswegs ein Ausnahmefall war und es sich nicht um eine einzelne Schikane, sondern um eine systematische Ausgrenzung missliebiger politischer Auffassungen ging, offenbarte sich knapp neun Monate später, als sich der *Vorwärts* erneut veranlasst sah, über den »Buchhändlerbörsenverein als Zensor« zu berichten, und ihm bescheinigte, dass man »ihn künftig als eine politische Filiale der Deutschnationalen Volkspartei« ansehe. Die »Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer GmbH, Berlin« erhielt nämlich nach Aufgabe einer Anzeige vom *Börsenblatt* die Antwort, dass sie den Auftrag nicht sofort ausführen könne. Als Begründung führte Richard Alberti am 22. Mai 1920 im Sinne der »Dolchstoßlegende« für die Redaktion an: »Ihre seinerzeit in Nr. 90 erschienene Anzeige (von Erich) Kuttner (Redakteur des *Vorwärts*, 1942 im KZ Mauthausen ermordet, H. D.), »Die erdolchte Front« (eine Anklage in Versen, ein satirisches Gedichtbändchen über die, so Kurt Tucholsky, »deutsche Soldatenpsyche«), hat in der diesjährigen Hauptversammlung des Börsenvereins, wie Ihnen wohl bekanntgeworden ist, starke Entrüstung hervorgerufen, und wir sind darauf vom Ausschuss für das *Börsenblatt* angewiesen worden, alle derartigen Inserate – heute handelt es sich um die Ankündigung von (Kurt) Heinig, »Die große Ausrede von der erdolchten Front« – vor Abdruck dem Ausschuss für das *Börsenblatt* vorzulegen, der in den nächsten Tagen über die Aufnahme entscheiden wird.«

Für den *Vorwärts* stand fortan »ganz unzweideutig fest«, dass der Börsenverein »eine Zensur über linksgerichtete Literatur eingerichtet hat, um solche Schriften von der Anzeige für den Sortimentsbuchhandel auszuschließen, die den reaktionären Herren des Ausschusses nicht genehm sind«. Und weiter: »Damit maßt sich diese Wirtschaftsorganisation eine Oberaufsicht über die öffentliche Meinung an, soweit sie durch Buchliteratur gespeist wird, die von jedem demokratischen und auch nur liberalen Standpunkt aus als unerträglich bezeichnet werden muss.« Seit der Revolution von 1918 waren weniger als zwei Jahre vergangen.

Stammbuch der Reaktion

Im *Börsenblatt* mehrten sich nationalistisch und alldeutsch inspirierte Literaturprodukte. Dazu gehörte unter anderem die Reklame für das Buch »Germania – ein Frühlingstraum«. Eine Rezension aus der *Deutschen Zeitung* diente offenbar dazu, dem Machwerk eine besondere Weihe zu verleihen: »Fürwahr«, hieß es in dem vom *Börsenblatt* wiedergegebenen Zitat, »es muss Frühling gewesen sein, als es verfasst; so schön kann man nur im Frühling schreiben, so frühlingswund und ahnungsfroh ... Und dann erleben wir einen Freiheitskampf, so lebendig und begeisternd wie damals, als wir hinauszogen. Eichenlaub am Helm und Röslein an der Brust, und vergessen ist alles andere, ist Schmach und Verrat. Glückliche, wer so träumen kann. Der deutschen Studentenschaft ist's Werk gewidmet. – Wolle Gott und unsere Jugend, dass der Traum wahr wird!«

Chauvinistischer Schmonzes – auf dem Niveau von Hedwig Courths-Maler, der damals beliebtesten deutschen Romanschriftstellerin, angesiedelt und der reaktionär-militaristisch verseuchten deutschen Studentenschaft und Jugend ins Stammbuch geschrieben! In Erinnerung an das »Augusterlebnis von 1914« und, wie gehabt, erneut mit einem deutschnational gesinnten Christengott im Rücken!

In einem anderen Inserat, vom *Börsenblatt* in seiner Ausgabe vom 6. September 1920 publiziert, heißt es: »Soeben erschienen! Deutschlands Wiederaufrichtung 1925 und ein neues Königtum? Neueste Vorhersagen eines westfälischen Spökenkiekers (Geistersehers): Das interessanteste Buch seit 1914. Friedliche Wiederaufrichtung Deutschlands – Königreich Lothringen. – Englisch-amerikanischer Krieg gegen Japan – Der Papst König von Italien!!!« Weissagungen mit dem Ziel, Deutschlands Größe wiederherzustellen in einem neuen Königreich mit den früheren »Reichslanden Elsass-Lothringen«. Wie das alles friedlich vonstatten gehen soll, bleibt das Geheimnis des Autors und »Spökenkiekers«. Wie blödsinnig auch immer es erscheinen mag – Hauptsache: »Deutschland erwacht wieder!«

Ebenfalls auf revanchistischem Gleis bewegt sich das »Weihnachtsbuch 1920« mit dem Titel »Im Felde unbesiegt«. Es propagiert, »dem deutschen Volke wieder Vertrauen zu sich selbst zu geben«. Schriftsteller und »30 treffliche Mitkämpfer« sind in ihm mit Beiträgen versammelt, »an ihrer Spitze Hindenburg und Ludendorff«. Auch hier das Bestreben, »ein Volksbuch zu schaffen«. Im Vordergrund steht die Zukunftsperspektive: »Wenn wir erst wieder von dem Glauben an die eigene unverwüsthliche Kraft durchdrungen sind, werden wir uns als Nation durchsetzen.« So der Wortlaut des Inserats des nationalistisch-völkischen und während des Weltkrieges

für maßlose deutsche Annexionen engagierten Münchner Verlags J. F. Lehmann, vom *Börsenblatt* am 6. Oktober 1920 in seiner Ausgabe Nr. 226 veröffentlicht. Statt Selbstkritik nimmt – wie bei allen nach 1918 erschienenen kriegsverherrlichenden und für neue Kriege plädierenden Schriften – auch hier die Mystifikation des bankrotten Regimes einen besonderen Platz ein. Die schimmernde Wehr, an der man sich einst orientiert und aufgerichtet hat, will man zu früherer Stärke zurückführen und in neuen Glanz tauchen. In diesem Weltbild haben der Pazifismus oder Gedanken an Völkerverständigung weiterhin keinen Platz; wer sich aber erlaubt, solchen Ideen das Wort zu reden, der muss damit rechnen, als »Landesverräter« an den Pranger gestellt und bekämpft zu werden. Dazu gehört es, von dem »Glauben an die eigene unverwüstliche Kraft« weiter durchdrungen zu sein. Von einem Neuanfang oder einer Umkehr des Denkens ist nichts zu spüren.

Als kennzeichnend für die Stimmung im Lande mag ein Vorfall in Berlin 1922 gelten. Die »Komische Oper« kündigte ihre »Große Revue« mit einem Plakat an den Anschlagssäulen an. Es zeigte drei Soldaten, einen Deutschen, einen Engländer und einen Franzosen, die sich die Hand reichen. Das war den bürgerlichen Parteien schon zu viel, und so forderten sie in der Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Plakat sofort wieder verschwinde. Man mag einwenden, das sei ein Einzelfall gewesen – aber war das wirklich weit entfernt von den Devisen »Viel Feind', viel Ehr'!« oder »Mit Gott für König und Vaterland!«?

Vor diesem Hintergrund wird die Haltung des *Börsenblatts* mehr als offenkundig: G. F. Nicolais Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Hohenzollernregimes sowie mit dem nach 1918 fortwuchernden Militarismus gilt der Redaktion als deutschfeindlich, während der grobe Unfug irreführender Monarchisten und Revanchisten, die sich und die Welt mit erneuter deutscher Größe beglücken wollen, als zukunftsweisend gepriesen wird und keinen Anstoß erregt.

Was Nicolai bewegte, trieb auch andere um, etwa Kurt Tucholsky, der in seiner Besprechung von Erich Kuttners Versen verdeutlichte, worauf es ankomme: »Auf die Erinnerung, die nie vergehen soll.« Und der bereits zitierte Buchhändler urteilte – ganz im Sinne Tucholskys – im Oktober 1920: »Der preußische Militarismus war gleich nach der Revolution – wenn auch in etwas veränderter Gestalt – wieder Trumpf und ist es bis heute! Verschließen wir doch nicht die Augen vor dieser Tatsache! Wie lange das so weitergeht – wer kann das wissen?« Eine Frage, die angesichts des bis heute geleugneten, verharmlosten oder einfach unterschlagenen Anteils des preußisch-neudeutschen Militarismus an den Grausamkeiten und Brutalitäten des Dritten Reiches nichts an Aktualität eingebüßt hat!

Der nach 1945 vielbeschworene »Auszug des Geistes« begann in Deutschland nicht mit 1933, sondern nahm – wie der »Fall Nicolai« und andere belegen – bereits in den ersten Jahren der Weimarer Republik seinen Anfang. Dem deutschen Buchhandel, dem *Börsenblatt* sowie dem »Verband des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels« kommt dabei eine bislang kaum thematisierte Mitverantwortung zu.

Ausführlicher und mit Zitaten nachweisen sind die Darlegungen des Autors enthalten in einem Beitrag in dem von den Nazis verbotenen Buch von Peter Schmitz: Golgatha – Ein Kriegsroman. Donat Verlag, Bremen 2014, zu beziehen unter donat-verlag.de. An dieser Stelle schrieb Helmut Donat zuletzt in der Ausgabe vom 4. Mai dieses Jahres über den Pazifisten Alfred Hermann Fried.

Aus: junge Welt, Nr. 155, 8. Juli 2021, Seite 12 / Thema – Weimarer Republik

<https://www.jungewelt.de/artikel/405991.weimarer-republik-vorausseilende-gleichschaltung.html>

Vorausseilende Gleichschaltung

Die Zensurpraxis des Börsenblattes und der »Fall Grelling« (Teil II und Schluss)

Von Helmut Donat



Für seinen Kampf um Frieden als »bezahlter Soldschreiber des Feindbundes« diffamiert: der Pazifist, Jurist und Autor Richard Grelling (1853-1929)

Der erste Teil erschien an dieser Stelle in der Ausgabe vom Mittwoch, den 7. Juli.

Die Ablehnung des Inserates von Georg Friedrich Nicolais Schrift »Sechs Tatsachen als Grundlage zur Beurteilung der heutigen Machtpolitik« (1919) war begleitet von einer Hetze der *Alldeutschen Blätter* gegen den Freien Verlag und Hugo Ball, seinen literarischen Leiter. Nicht besser erging es einem weiteren bedeutenden Kritiker der kaiserlichen Kriegsverursachung und -politik, der ebenfalls 1919 ins Fadenkreuz der »Zentralstelle des deutschen Buchhandels« geriet. Es handelt sich um Richard Grelling, wie Nicolai eine herausragende Persönlichkeit im Kampf gegen das nationalistisch-militaristische Deutschland vor und während des Ersten Weltkrieges sowie in den Jahren danach. Grelling ist seit 1915 bis zu seinem Tode im Jahre 1929 der deutschland- und weltweit beste Kenner der Julikrise und Kriegsschuldfrage 1914 gewesen.

Friedensworte

1853 in Berlin geboren, hing er den Idealen des demokratischen Bürgertums an. Zunächst trat er als Autor sozialer Dramen und Mitbegründer der »Literarischen Gesellschaft« der Hauptstadt hervor. Am Gelingen der Gründung der »Deutschen Friedensgesellschaft« (DFG) 1892 hatte er neben Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried wesentlichen Anteil. Als Vizepräsident der DFG warnte er in seiner vielbeachteten Schrift »Quousque tandem! Ein Friedenswort« (1894) vor den Folgen ständiger Rüstung und forderte deren allgemeinen Stopp; zugleich warb er für eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Vor der Jahrhundertwende gab er seine politisch-publizistische Tätigkeit auf. Um 1903 erwarb er ein Landgut bei Florenz.

Aus der Idylle eines abgeschiedenen Daseins im Juli/August 1914 aufgeschreckt, erkannte Grelling, dass das Kaiserreich keinen Verteidigungs-, sondern einen Eroberungskrieg führte. Von August bis Oktober 1914 in Berlin, entschloss er sich, gedrängt von führenden Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein, Hugo Haase und Karl Kautsky, seine persönliche Freiheit im Ausland zu nutzen, um dem deutschen Volk die Verantwortung des Führungspersonals der Reichsleitung für den Weltkrieg zu enthüllen. Seine Anfang 1915 in der Schweiz publizierte Anklageschrift »J'accuse!« (Ich klage an!), rasch in zahlreiche Sprachen übersetzt, wurde ein Welterfolg. Mit seinem Werk prägte er im und nach dem Ersten Weltkrieg die Haltung großer Teile der Friedensbewegung und ihr nahestehende linksoppositionelle Kreise. Im Kaiserreich verboten die Militär- und Zensurbehörden das Buch; Grelling sah sich »als bezahlter Soldschreiber des Feindbundes« diffamiert. Tatsache war jedoch, dass er für einen Großteil der Druck- und Herstellungskosten seines »J'accuse!« selbst aufkommen musste. Im Mai 1918 klagte ihn der Oberreichsanwalt in Abwesenheit wegen versuchten »Landesverrats« an. Seit 1915 war er in der Schweiz als Vertreter der deutschen Emigranten tätig und klagte in der *Freien Zeitung* die deutsche und österreichische Schuld am Weltkrieg weiterhin als Verbrechen an. Als Grelling im November 1918, inzwischen Mitglied der USPD, Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann seine Dienste anbot, ließen diese ihn ins Leere laufen. Auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, zur Prüfung der Kriegsschuld eingesetzt, lehnte den Verfasser des Buches »J'accuse!« und weiterer Publikationen als Sachverständigen ab. Rudolf Breitscheid, ebenfalls ein Gegner der Kriegspolitik und 1918/19 preußischer Innenminister, stellte dazu fest: »So bleibt auch hier nichts anderes als die Furcht vor einem Mann, der die wilhelminische Regierung belasten könnte, und diese Belastung wünschen die Männer an der Spitze der Republik und wünschen die Vertreter der in der Nationalversammlung maßgebenden Parteien nicht, weil sie den Nachweis ihrer eigenen Mitschuld vermeiden möchten.«

In der Weimarer Republik boykottiert, fand Grelling für große Werke keinen Verleger. So veröffentlichte er zwei seiner Manuskripte in Paris, gefördert von der angesehenen »Société de l'histoire de la guerre« (»La Campagne innocentiste en Allemagne«, 1925, und »Comment la Wilhelmstraße écrivait l'histoire pendant la guerre«, 1928). Die NS-Propaganda warf ihm Fälschungen von »talmudischer Gerissenheit« vor. Um so eindringlicher warnte er vor der weitverbreiteten Unschuldpropaganda: Der preußisch-deutschen Machtpolitik vor 1914 verbunden, bewirke sie faktisch den Untergang der Republik und stelle sie die tiefere Ursache für einen erneut von Deutschland entfachten Weltkrieg dar. In »Videant consules ... oder die Gefahren der Unschuldskampagne« (1926) forderte er, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Deutlich erkannte auch der Publizist und Pazifist Hellmut von Gerlach, wie sich vor allem auf dem Boden des Kampfes gegen die angebliche »Kriegsschuldlüge« der völkische und faschistische Ungeist ausbreitete. Scharfsinnig schrieb er in dem Artikel »Grelling und Hitler« im September 1932 in Friedrich Wilhelms Foersters Halbmonatsschrift *Die Zeit*: »Nie wäre Hitler der Machtfaktor geworden, der er heute ist, wenn die Republik 1918 den Schnitt mit der Vergangenheit vollzogen hätte (...). Die deutschen republikanischen Machthaber aber zogen nicht den Strich zwischen sich und den Verantwortlichen von 1914, wohl aber zwischen sich und den paar Deutschen, die seit 1914 im Kampf gegen die kaiserliche Kriegspolitik standen. Statt die Wahrheit über die Ursachen des Kriegsausbruchs in den breitesten Schichten des Volkes zu verbreiten, ließen sie die Unschuldskampagne der Nationalisten die Massen vergiften. Sie säten nicht die Wahrheit. Darum konnte Hitler die Früchte der Unwahrheit ernten.« Nach der NS-Machtergreifung landeten »J'accuse!« und Grellings Werke auf den Scheiterhaufen der Bücherverbrennung.

Der lange Arm der Reaktion

Am 30. September 1919 teilte die Redaktion des *Börsenblattes* dem Berliner Verlag Neues Vaterland mit, das Inserat zu dem Buch »J'accuse!« nicht »veröffentlichen zu können, da es sich um ein verbotenes Werk handelt. Das Buch wird ferner als schwere Schädigung des deutschen Ansehens betrachtet, und (so) bedauern wir auch aus diesem Grunde, von einer Veröffentlichung Abstand nehmen zu müssen.« Die Entscheidung des *Börsenblattes* war ein erneuter Schlag ins Gesicht aller kriegsoppositioneller Deutscher. Ihrem Bemühen, das deutsche Volk über die Schuld der verantwortlichen Politiker und Militärs am und im Weltkrieg aufzuklären, schob das Blatt einen Riegel vor. Doch verstand sich die *Börsenblatt*-Redaktion nicht einfach nur als eigenständige politische Zensurinstanz. Vielmehr stützte sie sich bei ihrer Entscheidung auf die Zustimmung, so ihre Erklärung, »übergeordneter Stellen« in Berlin.

Bereits im Januar 1919 sah sich der Leipziger Vertreter des Berner Freien Verlags infolge eines amtlichen Zirkulars genötigt, bei der Deutschen Botschaft in Bern Protest einzulegen, ohne dass dabei etwas herauskam. Nun, so mutmaßte die *Freie Presse*, verstehe sich die Redaktion des Buchhändler-*Börsenblattes* »wohl ebenfalls nicht ohne höhere Ermutigung« als Zensurstelle, indem es »ganz im Sinne der Monarchisten, für die sich ja durch die Revolution nichts geändert hat, ein Buch für »verboten« und für »eine schwere Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland« erkläre. Vielmehr sei das Gegenteil der Fall. Denn die tatsächliche Wirkung von Grellings »J'accuse!« bestehe darin, »durch Verbreitung der Wahrheit über die Urheberchaft an der Weltkatastrophe sehr erheblich zur Ehrenrettung des deutschen Volkes beigetragen zu haben. So ist noch heute die Mentalität der offiziellen Vertretung des Buchhandels beschaffen, oder darf man vielmehr sagen: So stark ist der Wink militärischer Stellen in der angeblichen Revolutionsregierung? (...) Ein neues Zeichen aber auch, wie weit der Arm der preußischen Reaktion reicht!«

Verteidiger des Naturalismus

Die Haltung des *Börsenblatts* stellt sich im »Fall Grelling« als besonders infam dar, hatte doch der Börsenverein ihm viel zu verdanken. Als Rechtsanwalt und Syndikus des »Deutschen Schriftstellerverbandes« verteidigte er den literarischen Naturalismus 1893 vor Gericht und erstritt die Aufhebung des Verbots der Aufführung von Gerhart Hauptmanns Theaterstück »Die Weber«. Als es im »Deutschen Theater« in Berlin im Jahr darauf zum ersten Mal gespielt wurde, ließ Kaiser Wilhelm II. demonstrativ seinen Logenplatz kündigen. In diesen Jahren vertrat Grelling als Anwalt die Interessen deutscher Schriftsteller gegen obrigkeitstaatliche Bevormundung und Zensur. Ein Vierteljahrhundert später musste er ohnmächtig zusehen, wie er mit den gleichen Methoden mundtot gemacht werden sollte. Der Hass auf ihn war so groß, dass die Wut, wenn sein Name fiel, keine Grenzen kannte.

Nicht den Krieg machten die Deutschen verantwortlich für das soziale Elend und den Verlust ihrer Großmachtstellung von 1914, sondern sie erklärten – und viele tun das auch heute noch – die Folgen des Krieges, den Frieden von Versailles, zur Wurzel allen Übels. »Lange konnten wir uns«, heißt es in der *Neuen Schweizer Zeitung* am 10. Oktober 1919, »nicht erklären, weshalb die akkreditierten deutschen Propagandablätter und Propagan-

daschreiber in der Schweiz ihre Tätigkeit mit Kriegsschluss nicht einstellten; heute liegt des Rätsels Lösung vor uns. Bald wird die systematische Ideenvergiftung und Verfälschung in der deutschen Schweiz wieder einsetzen, deren unheilvolle Folgen viele von uns vielleicht schon vergessen haben.«

Militaristische Schmöker

Am 18. Oktober 1920 veröffentlichte das *Börsenblatt* das Inserat »Mit Russland gegen Frankreich!« des in Naumburg an der Saale ansässigen Verlag Carl August Tancre. Aufgrund der einige Wochen zuvor im *Börsenblatt* geschalteten Voranzeige waren nach eigener Aussage noch vor dem Druck der ersten Auflage an die 5.000 Bestellungen eingegangen. Im selben Verlag erschien 1919 von Otto Autenrieth der Titel »Die drei kommenden Kriege – Englands Auseinandersetzung mit seinen Brüdern von der Entente«. Es handelte sich um eine Prophezeiung, die »Deutschlands Aufstieg in den kommenden Wirren« thematisierte und 1921 ins 220. Tausend ging. Im Münchner Verlag Heimatland publizierte Autenrieth zudem eine nationalistisch-bolschewistische Variante. Das Buch mit dem bezeichnenden Titel »Bismarck II. – Roman der deutschen Zukunft« knüpft an den Bismarck-Kult an. Die Geschichte dreht sich um den Aufstieg des Barons Otto von Fels, der, durchdrungen von Gefühlen der Solidarität mit dem deutschen Volk, ein Mädchen aus der Arbeiterklasse heiratet. Als eine Art Wiedergeburt Götz von Berlichingens steigt er zu einem Volksredner auf, wird sogar mit dem Kommando der Roten Armee betraut. Mit ihr und mit Hilfe der Russen riskiert er einen wagemutigen Streik gegen die französischen Besatzungstruppen. Nach seinem Erfolg sieht man in ihm einen »Führer«, macht ihn zum völkischen Diktator und zu Bismarck II. Es gelingt ihm, die norddeutschen Kommunisten und süddeutschen Nationalisten zu einer neuen, mächtigen Partei, der »Wiederaufbaupartei«, zu vereinen. Danach treibt er, erneut von der Sowjetunion unterstützt, Deutschlands Wiederbewaffnung voran. Am Ende befehligt er die stärkste Militärmacht in Europa. Mit ihr liquidiert er Polen, besiegt Frankreich und erlangt die Weltherrschaft. Von seinem Erfolg überwältigt, tragen ihm die Deutschen die Kaiserkrone an, aber Otto weist die Krone zurück und bittet, sie später seinem Sohn anzubieten. Der Roman folgt Bismarcks Motto »Macht geht vor Recht«, ist kriegsverherrlichend und volksverhetzend.

Ausgrenzung und Boykott

Nicht nur die Zentrale des Buchhandels, sondern der Buchhandel selbst beteiligte sich daran, der Leserschaft unerwünschtes Schrifttum vorzuenthalten. G. F. Nicolai schrieb 1919 dazu: »Auch in den Buchhandlungen sieht man dieselben chauvinistischen Bücher wie gestern.« Nach Auffassung der pazifistischen Zeitschrift *Die Menschheit* stellten sie das »stärkste Bollwerk des alten Geistes« dar. So hielt zum Beispiel der »bekannte deutsche Buchhändler einer Universitätsstadt Mitteldeutschlands« gegenüber dem Ludwigsburger Verlag »Friede durch Recht« nicht mit seiner Meinung hinter dem Berg und warf ihm vor: »Sie leisten verschiedenen guten Schriftstellern entschieden einen schlechten Dienst, wenn Sie diese auf eine Liste mit Hellmut von Gerlach, (Erich) Kuttner, (G. F.) Nicolai, Rosa Luxemburg, (Matthias) Erzberger, (Maximilian) Harden, Richard Grelling und anderen setzen. Wenn sich deutsche Buchhändler für diese Art politischer Richtung nicht einsetzen, so stellen sie diesen nur ein gutes Zeugnis aus.«

An der Ausgrenzung von als »undeutsch« empfundener oder stigmatisierter Literatur beteiligte sich auch die damals schon größte süddeutsche Buchhändlerfirma Koch, Neff und Oetinger (Stuttgart). In einem Schreiben an den pazifistisch-republikanischen Verlag »Friede durch Recht« lehnte sie es im Zeichen des Kampfes gegen die Kriegsschuldfrage und den Versailler Vertrag ab, dessen Publikationen weiter im Sortiment zu führen, und erklärte: »Aus verschiedenen Gründen sehen wir uns veranlasst, dass wir die im vorigen Jahre übernommene buchhändlerische Vertretung Ihrer Firma bzw. den Vertrieb der in Ihrem Verlag erschienenen pazifistischen Bücher nicht weiter besorgen können, weil unsere Firma, die in nationalen Dingen eine andere Auffassung wie Sie vertritt, nicht mit Ihren Bestrebungen länger identifiziert sein möchte.«

Dass sich gegen den Ausgrenzungs- und Boykottbeschluss des Sortimenters unter den Buchhändlern kein nennenswerter Widerstand regte, verdeutlicht, wie auch sie es in ihrer großen Mehrheit nicht für nötig hielten, auch nur einen Deut von ihrer weitgehend kaisertreu-militaristischen Einstellung abzurücken. Ein Verlag, der sich für das Gegenteil engagierte, stand auf verlorenem Posten. Im Grunde genommen orientierte sich die Haltung zahlreicher Vertreter des deutschen Buchhandels an der Gesinnung, die sie in den Jahren vor und nach 1914 an den Tag gelegt hatten.

Revanche als Programm

Was stand hinter dem Anspruch der Zentrale des Börsenvereins, des Stuttgarter Großsortimenters und der vielen Buchhändler, den »deutschen Geist« zu vertreten? Da ist zunächst ihr Unterstellen von Böswilligkeit. Pazifisten und Republikaner galten ihnen als ärgste Feinde, stets bereit, dem deutschen Volk zu schaden, es zu vernichten und in den Untergang zu treiben. Das gehörte zum festen Bestandteil ihres Denkens über ihre Gegner. Das »Vaterland« und der Staat, den sie zu repräsentieren beanspruchten, waren identisch. Wer nicht für ihren Standpunkt eintrat oder sich ihnen in den Weg stellte, betrieb die Geschäfte des Auslands und der Feinde. Wer so spricht und handelt, erwartet, dass man sich ihm unterwirft, und fordert mit unnachgiebiger Härte und großer Selbstverständlichkeit, ihm zu folgen. Wehe dem, der Einwände gegen jenes »Deutschtum« erhebt, das nur seine Interessen und seine Leiden kennt und gelten lässt! Man fühlt sich nicht von ungefähr an die AfD erinnert.

Im Unterschied zu den Frauen und Männern, die sich im Einklang mit den übernationalen und aufklärerischen Traditionen des vorbismarckschen Deutschland befanden und sich wie Grelling, Nicolai oder Foerster für eine Neuorientierung der Politik auf dieser Grundlage aussprachen, hielten die selbsternannten Sachwalter deutschen Geistes weiterhin an ihren Vorurteilen und ihrem Hochmut fest. Kritik am kaiserlichen System oder gar an sich selbst war ihnen verpönt. Vielmehr verschwiegen und deckten sie alle von 1914 bis 1918 begangenen Verbrechen. Umso mehr und besser ließ sich auf die »bösen Feinde« einschlagen. Dahinter stand unübersehbar das Programm der nationalen Kreise in Deutschland. Sie wollten die Revanche und nicht den Frieden von Versailles, sie wollten den »deutschen Frieden«, das heißt die Herrschaft über den Kontinent und die Welt. Unrecht gab und gibt es in diesem Denksystem nicht.

Die Leitung des *Börsenblattes* lehnte nicht nur die Anzeigen von Verlegern pazifistischer Literatur ab, wozu auch Heinrich Wandts »Etappe Gent« gehörte – im Wesentlichen eine Sammlung von Erlebnissen und Skandalgeschichten, mit denen der Autor zahlreiche namentlich angeführte deutsche Offiziere als Menschenschinder, Feiglinge, Säufer, Fresser und Hurenböcke bloßstellte. Selbst dem Verleger Paul Steegemann in Hannover, der in seiner spätexpressionistisch-dadaistischen Reihe »Die Silbergäule« unter anderem Autoren herausbrachte wie Hans Arp, Franz Blei, Kasimir Edschmid, Richard Hülsenbeck, Klabund, Rudolf Leonhard, Hans Reimann, Kurt Schwitters, Walter Serner und Heinrich Vogeler, verweigerte die Redaktion des *Börsenblattes* die Ankündigung einiger seiner Verlagserzeugnisse und bevormundete damit erneut die Buchhändler und Leserschaft.

Rechtes Gruselkabinett

Viele weitere Beispiele der politischen Parteinahme, Verletzung der Meinungsfreiheit und Behinderung pazifistisch-republikanischer Verlage und Autoren ließen sich aus den Anfangsjahren der Weimarer Republik anführen. Gleiches gilt für die Förderung chauvinistisch-revisionistischer Erzeugnisse und solcher militaristischen Gedankenguts. Antisemitismus, Nationalismus und Militarismus gehörten zu den ideologischen Bewegkräften zahlreicher deutschvölkisch gesinnter Organisationen, Parteien, Vereine, Verbände und Orden. Der Ausrichtung dieser Phalanx ordnete sich das *Börsenblatt* willfährig unter. Dem entspricht die Einsicht, die Erich Schairer in der von ihm herausgegebenen pazifistischen *Süddeutschen Sonntagszeitung* am 16. Juli 1922 vortrug: »Das Wort Republik habe ich nicht ein einziges Mal in den Nummern, die ich durchgesehen habe, gefunden.« Dagegen habe sich, so Schairer weiter, »das *Börsenblatt* für den »Hakenkreuzkalender« und den blödsinnigen Dinterschen Schundroman »Die Sünde wider das Blut« bekanntlich eifrig ins Zeug gelegt und beide Machwerke des niedrigsten Antisemitismus nach der *Welt am Montag* sogar im redaktionellen Teil als »durchaus ernstzunehmende und literarisch nicht wertlose Erzeugnisse« bezeichnet.«

Auch Schairer gelangte zu dem Schluss, dass das *Börsenblatt* dem Sortiment und Buchhändler neben romantischen und gelehrten Schmöckern vor allem nationalistische Literatur anpries, die, wenn man die Größe der Inserate für die Neuerscheinungen berücksichtige, neben den Werken von Hedwig Courths-Maler sich offenbar am besten verkaufte. Schairer belegte seine Einschätzung, indem er die Titel und den Umfang der Anzeigen nannte. Keiner sprach sich für die neue Staatsform nach 1918, die Republik, aus. Vielmehr liest sich die Inseratenliste wie ein Griff in ein rechtsradikal-monarchistisches Gruselkabinett.

Aus den hier dargebotenen Darlegungen, die lediglich wenige Beispiele aus den Jahren von 1919 bis 1922 berücksichtigen, ist abzuleiten: Das *Börsenblatt* und große Teile des Buchhandels haben bewusst zur Ausbreitung nationalistisch-militaristischen und antisemitischen Gedankengutes beigetragen. In menschenverachtenden Schundromanen wie denen von Artur Dinter, die höchste Auflagen erreichten, galten die Juden sowie die zu »Judenknechten« erklärten Sozialisten, Demokraten und Pazifisten als verantwortlich für alles, was das sogenannte Herrenvolk der deutschen Arier an Schlimmem ereilt hatte.

Sieht man von den wenigen Wochen und Monaten nach dem 9. November 1918 ab, hat der Versuch, eine Abkehr vom Denken in militaristischen und deutschvölkischen Kategorien zu erreichen, nur wenig Chancen gehabt,

eine Mehrheit zu finden, geschweige denn mit Konzepten einer moralischen Erneuerung der deutschen Politik konsensfähig zu werden. Der Hass auf Franzosen, Polen und Juden lastete wie ein Albdruk auf der Politik und war schließlich in einem viel stärkeren Maße im deutschen Volke verwurzelt als noch zu Zeiten des Kaiserreiches. »Die deutsche Linke«, konstatierte Friedrich Wilhelm Foerster im Januar 1930, »ist verlegen geboren, sie hat eine Wohnung, die noch vom alten Besitzer möbliert wurde, der ganze Korridor hängt voll fremder Ahnenbilder, kein neuer Geistesbesitz und Formenbesitz ist da, nur ein eigenes Grammophon hat man mitgebracht; als man es aber aufzog, da spielte es die alten Märsche und Rauschlieder.« Zu fortgeschritten seien inzwischen die vom völkischen Ungeist vergifteten Führungsschichten und die ihnen folgenden Volksmassen.

Vorbereiter der Bücherverbrennung

»Wenn man nach dem *Börsenblatt* gehen darf«, urteilte Erich Schairer bereits im Juli 1922, »dann ist es sicher ein Irrtum, dass wir eine Republik haben.« Eine »Gleichschaltung« hatten 1933 weder das *Börsenblatt* noch der deutsche Buchhandel »nötig«. Die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933, der unter anderem die Werke von Grelling, Nicolai, Heinrich Wandt, Friedrich Wilhelm Foerster und vielen anderen zum Opfer fielen, vollzog nur, was bereits 1919 – noch bevor es Nazis gab – auf den Weg gebracht worden war.

Wie geht der Börsenverein mit all dem heute um? Alljährlich verleiht er einer Autorin oder einem Autor den »Friedenspreis des Deutschen Buchhandels«. Das ist gut so, davon war er jedoch nach 1918 oder 1933 mehr als weit entfernt. Hat er aber »Frieden« mit sich selbst gemacht und sich seiner Vergangenheit gestellt? Erst 1985 gab es eine Studie über »Die ›Machtergreifung‹ im Börsenverein«; sie ist mehr als fragwürdig, behauptet sie doch einen »erkennbaren Gegensatz zwischen dem ›alten‹ demokratischen Börsenverein und der Organisation im Dritten Reich«. Auch die Abhandlung »Von der Selbstanpassung zur nationalsozialistischen ›Gleichschaltung‹. Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler in den Jahren 1933-1934« (1993) geht nicht auf die Selbstanpassung der Institution an den deutschen Militarismus und Nationalismus vor 1933 ein. Zwar ist die im Mai 1933 erfolgte öffentliche Brandmarkung von zwölf Schriftstellern erwähnt, eine Kontinuitätslinie zu dem ausgrenzenden Verhalten des *Börsenblattes* in den Jahren 1919-1922/23 gegenüber deutschen Republikanern und Pazifisten ist jedoch nicht gezogen. Gleiches gilt für die 2000 veröffentlichte Publikation »Die große Säuberung des Schrifttums. Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig 1933 bis 1945«; darin beginnt der Antisemitismus des Börsenvereins erst »ab 1933«. Nichts erfährt der Leser darüber, wen der Börsenverein in den Jahren nach 1918 durch seine Anzeigenpraxis gefördert und behindert hat. Es stellt sich die Frage: Wann und in welchem Ausmaß werden sich das *Börsenblatt* und der »Börsenverein« mit ihrer unrühmlichen Vergangenheit und ihrer Mitverantwortung an dem Weg, der ins Dritte Reich und zur Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 führte, befassen?

Ausführlicher und mit Zitatnachweisen sind die Darlegungen des Autors enthalten in einem Beitrag in dem von den Nazis verbotenen Buch von Peter Schmitz: Golgatha – Ein Kriegsroman. Donat Verlag, Bremen 2014, zu beziehen unter donat-verlag.de. An dieser Stelle schrieb Helmut Donat zuletzt in der Ausgabe vom 4. Mai dieses Jahres über den Pazifisten Alfred Hermann Fried.